

**Rede  
Von**

**Gerd Hujahn, MdL**

zu TOP Nr. 4b

Aktuelle Stunde

**Herausforderungen begegnen - den ökologischen  
nachhaltigen niedersächsischen Weg weitergehen -  
Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche  
Erzeugungs- und Produktionskette zu  
kostendeckenden Preisen schaffen**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 18/8383

während der Plenarsitzung vom 27.01.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Saaldienst, ich muss einfach mal das Lob für das schnelle Reinigen und dafür, dass Sie es uns ermöglichen, hier so zu beraten, loswerden. Danke schön!

Ich will nicht den gleichen Fehler wie beim letzten Mal machen und mit Maske sprechen. Deshalb nehme ich sie ab, bevor es losgeht.

Der „Niedersächsische Weg“: Wir alle kennen dieses Papier, wir haben es mit großer Mehrheit hier verabschiedet. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir damit eine maßgebliche und richtige Hausnummer für die Bundesrepublik gesetzt haben.

Nun merken wir aber, dass - wenn man aus dem Gebäude schaut, sieht man, was auf der Fläche zwischen dem MU und im ML stattfindet; man kann auch nach Berlin sehen - offensichtlich noch nicht alles verabschiedet und fertiggemacht wurde. Ich habe mir den „Niedersächsischen Weg“ noch einmal angeguckt und zitiere die Nr. 15: „Angestrebt wird ein Dialog vonseiten der Landesregierung mit der Landwirtschaft, den Umweltverbänden, der Verbraucherseite (Verbraucherschutzverbänden), dem Lebensmittelhandel sowie weiteren Akteuren entlang der Wertschöpfungsketten. Denn erforderliche Veränderungen werden nur nachhaltig wirken können, wenn die gesamte Kette von der Erzeugung bis zum Verbraucher in den Blick genommen wird. Hierzu gehören auch die Wertschätzung der erzeugten Lebensmittel und eine angemessene Bepreisung. Eine gesellschaftliche Lösung kann nur mit allen Beteiligten erreicht werden.“

Und genau das ist es, was uns am „Niedersächsischen Weg“ noch fehlt. Nachdem wir es im Konsensverfahren mit Naturschutz und Landwirtschaft geschafft haben, uns auf einen gemeinsamen Weg zu einigen, müssen wir nun die nächste Komponente mit aufnehmen, nämlich diejenigen, die die Lebensmittel, die unsere Landwirte erzeugen, verkaufen - und zwar zu vernünftigen Preisen, sodass die Landwirtschaft davon leben kann.

Ich habe mit einer Milchbäuerin aus meinem Wahlkreis gesprochen, die Mitglied von „Land schafft Verbindung“ ist und den modernsten Hof des Landkreises betreibt. Sie - ich will sie Sandra S. nennen - hat mir sehr eindeutig gesagt, wo es hapert und wo die Schwierigkeiten liegen, wenn sie Milch in dem neuen Stall nach neusten Tierwohlerkenntnissen erzeugt. Das ist nämlich dann der Fall, wenn sie in Verhandlungen mit den Molkereien geht, in denen es darum geht, dass sie das angemessene Geld für das, was sie in die Tiere und in ihre Arbeit investiert, erhält.

Es gibt auf der einen Seite eine Menge von Auflagen - rote Gebiete, Naturschutzauflagen -, die die Erzeugung von Primärlebensmitteln - Milch, Fleisch

etc. - nicht gerade günstiger machen. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die diese Produkte abnehmen. Und das Ganze findet offensichtlich als eine Art von Pokerspiel statt.

Die Landwirte, die auf ihren schnell verderblichen Lebensmitteln sitzen, müssen verkaufen. Die können nicht sagen: Ich halte die Milch mal einen Monat zurück. - Dann ist sie nämlich schlecht geworden. Das heißt, sie müssen die Preise so nehmen, wie sie ihnen angeboten werden. Bei leicht verderblichen Lebensmitteln und konzentrierten Marktmacht sind Nachfrage und Angebot nicht gleichberechtigt.

Nun könnte man natürlich auf die Idee kommen, zu sagen: Damit unsere Landwirte ein Auskommen haben, was ihnen zusteht, fahren wir die Erzeugerpreise herunter. Wir verringern die Umweltauflagen, wir verringern die Tierwohlaufgaben. Dadurch können die Landwirte ihre Produkte vielleicht günstiger herstellen und können ihren Unterhalt aus der Spanne dessen, was sie an Erlös erzielen, und dem, was die Erzeugung kostet, bestreiten.

Ich glaube, das wäre aber die falsche Richtung. Wir - ich habe in diesem Punkt meine Fraktion hinter mir - möchten nicht die Umweltauflagen und auch nicht die Tierwohlaufgaben senken, um die Erzeugerpreise herunterzufahren. Vielmehr sind wir der Auffassung, dass wir im Sinne des „Niedersächsischen Weges“, bei dem es sich um einen Konsens handelt, verhandeln müssen. Mir wäre es am liebsten, wenn denn der Lebensmitteleinzelhandel, der sich auf dem Markt stark monopolisiert hat, genauso vernünftig wie die Naturschutzverbände, das Landvolk und andere wäre und sagen würde: Wie kommen wir zu einer einvernehmlichen Regelung? Auch uns liegt es am Herzen, dass unsere Landwirte die Möglichkeit haben, mit ihrer Produktion ihre Familien zu versorgen.

In diesem Sinne ist mein Plädoyer, eben nicht Umwelt- und Tierwohlaufgaben herunterzufahren, um dadurch den Landwirten höhere Einnahmen zu ermöglichen, sondern einen Kompromiss anzustreben. Es geht um faire Verhandlungen mit den Einkäufern der Primärlebensmittel.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.